



**RITA  
SCHWARZELÜHR-  
SUTTER**

**Für Sie im  
Deutschen Bundestag**



# Newsletter

---

vom 17. September 2019

---

# Die Themen im Überblick

Haushalt 2020 mit Rekordinvestitionen und sozialer Stärkung .....	0
Soli wird für fast alle abgeschafft .....	1
Resolution: Die Menschen stark machen für die Arbeit von morgen .....	2
Beschluss: Pflege solidarisch gestalten .....	3
Haushalt 2020 mit Rekordinvestitionen und sozialer Stärkung .....	4
Mützenich: Gerecht zu regieren, ist die Grundlage unseres Handelns .....	5
Beschluss: Mut zu mehr Fortschritt in Europa .....	6
Klimaschutzprämie für Waldbesitzer .....	7
Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ .....	7
Parlamentarisches Patenschafts-Programm .....	8
Jungen Forscher Felix Sewing und Alex Korocencev für EUCYS in Sofia .....	9
Angehörigenentlastungsgesetz unterstützt Angehörige und fördert die Inklusion.....	9
Bundesumweltministerin Svenja Schulze am 15. August in Kirchzarten .....	10
Ferienfreizeit im Abenteuerland des FaZ Hochrhein begeistert.....	10
Ausnahmeregelungen beim Flugbetrieb in Zürich dürfen nicht zur Normalität werden! .....	11
Tele Columbus AG bemüht sich um Einspeisung des Programms „SRF info“ ins deutsche Kabelnetz .....	11
Schülerinnen und Schüler von preisgekrönter Alemannenschule in Wutöschingen .....	11
Fraktion-vor-Ort mit Katja Mast am 26. Juli in der Stadtscheuer Waldshut .....	11
Viele engagierte Bürgerinnen und Bürger auf politischer Bildungsreise in Berlin .....	12
Klimaschutz-Zertifikate in Karlsruhe und Ispringen.....	12

# Haushalt 2020 mit Rekordinvestitionen und sozialer Stärkung

Die Sommerpause ist vorbei, das Parlament nimmt seine Arbeit auf. Die erste Sitzungswoche ist die so genannte Haushaltswoche, in der die Abgeordneten in erster Lesung über den Haushaltsentwurf von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) für das Jahr 2020 beraten.

An diesem Dienstag hat Scholz seinen Gesetzentwurf eingebracht, nun beginnen die Haushaltsberatungen (Drs. 19/11800). Das Haushaltsrecht, über Jahrhunderte von Abgeordneten erkämpft, ist das Königsrecht des Parlaments.

Der Entwurf sieht Ausgaben und Einnahmen in Höhe von je 359,9 Milliarden Euro vor. Zum sechsten Mal in Folge ist es damit ein Haushalt, der ohne neue Schulden auskommt – Rekord.

Ein Rekord ist auch bei den Investitionen zu melden: Sie steigen im Zeitraum 2020 bis 2023 auf insgesamt 159,4 Milliarden Euro. Das sind 37,7 Milliarden mehr als in der vergangenen Legislaturperiode und bedeuten eine Steigerung um rund 30 Prozent. Keine Bundesregierung hat je mehr für Investitionen ausgegeben!

Außerdem herrscht nach wie vor Rekordbeschäftigung, auch wenn das Wirtschaftswachstum leicht sinkt und dadurch wohl weniger Steuern eingenommen werden können. Die Priorität des Haushalts liegt deshalb auf dem sozialen Zusammenhalt, dem Klimaschutz und der Gestaltung eines modernen Landes.

## Haushalt für Investitionen und Zusammenhalt

Bundesfinanzminister Olaf Scholz betont: „Zusammenhalt und Vertrauen in unser Gemeinwesen entsteht nur dann, wenn alle Bürgerinnen und Bürger sicher sein können, dass ihr konkreter Lebensalltag verbessert wird und zugleich Hoffnung auf eine gemeinsame gute Zukunft besteht.“ Dazu gehöre auch, den Klimaschutz weiter voranzubringen.

Der kommissarische SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich erklärt: „Unsere Strategie muss Zusammenhalt, Gestaltungswille und Handlungsfähigkeit sein. Wir brauchen dauerhaft mehr Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Das ist ein langer politischer Weg, den wir bereit sind, Schritt für Schritt zu gehen.“

Die zusätzlichen Investitionen kommen vor allem dem Schienenbereich als klimafreundlichem Verkehrsträger zugute. Mobilität bedeutet Teilhabe. In dem Kontext ist auch der Breitbandausbau mit rund 4 Milliarden Euro für Projekte auf Grundlage eines laufenden Förderprogramms berücksichtigt. Er ist wichtig für die innovativen und global gefragten Unternehmen in Deutschland.

## Mehr für Bildung

Bildung und Forschung behalten hohe Priorität. In den nächsten 4 Jahren sind mehr als 100 Milliarden Euro im gesamten Bundeshaushalt eingeplant. So stehen für den Digitalpakt Schule (5 Milliarden Euro bis 2023) als Anschubfinanzierung 720 Millionen bereit. Hinzu kommen Erlöse in Höhe von knapp 2 Milliarden Euro aus Frequenzversteigerungen.

Für das im Koalitionsvertrag vorgesehene Ganztagschulprogramm sind 2020 und 2021 jeweils 1 Milliarde Euro in den Einzelplänen des Bildungs- und des Familienministeriums vorgesehen.

Es gibt zudem Leistungsverbesserungen beim BAföG und bei der Aufstiegsfortbildungsförderung.

Für die Jahre von 2021 an kommen ansteigende dreistellige Millionenbeträge für den kürzlich abgeschlossenen Pakt für

Forschung und Innovation IV hinzu. Auch der Hochschulpakt wird, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, ausgebaut. Die Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung ist außerdem auf dem Weg. Das alle sind Punkte, die auf Druck der SPD-Fraktion gestärkt werden, weil Bildung die beste Garantie für sozialen Aufstieg und für soziale Sicherheit im Wandel der Arbeitswelt ist.

## Klimaschutz wird eingepreist

Die Koalition stellt sich ihrer Verantwortung auch beim Klimaschutz – und verstärkt ihre Anstrengungen. Beispiel Kohleausstieg: Der Bund stellt allein bis 2023 insgesamt 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung, um den Strukturwandel in den vom Braunkohleausstieg betroffenen Regionen zu unterstützen. Die Menschen in den Regionen werden nicht allein gelassen.

Darüber hinaus arbeitet die Koalition zurzeit an einem Maßnahmenprogramm zur Umsetzung des Klimaschutzplans. Diese Maßnahmen werden in der noch ausstehenden Planung des Energie- und Klimafonds berücksichtigt werden.

## Familien werden gestärkt

Der soziale Zusammenhalt ist einer der Kernpunkte des Haushalts. Deshalb gibt es insbesondere für Familien mit kleinen und mittleren Einkommen mehr Geld durch:

- Erhöhung Kindergeld/Kinderfreibetrag,
- Ausgleich der kalten Progression,
- Von 2021 an Abschaffung des Soli für 90 Prozent derer, die ihn heute zahlen,
- 1 Milliarde Euro Finanzhilfen als Programmmittel in den Jahren 2020 und 2021 für den sozialen Wohnungsbau,
- 550 Millionen Euro mehr für Wohngeld inklusive Leistungsverbesserungen im Finanzplanzeitraum.

Mit insgesamt 10 Milliarden Euro fördert die Koalition allein im kommenden Jahr die Eingliederungsleistungen für Langzeitarbeitslose über den sozialen Arbeitsmarkt. Auch in Zeiten von Rekordbeschäftigung und vor dem Hintergrund einer konjunkturellen Abkühlung will die Koalition – ebenfalls auf Druck der SPD-Fraktion – mehr gegen Langzeitarbeitslosigkeit tun.

## Entwicklungshilfe auf Rekordquote

Entgegen vieler Behauptungen steigt auch der Verteidigungshaushalt 2020 gegenüber 2018 um rund 6,0 Milliarden an. Die so genannte Nato-Quote (Verteidigungsausgaben/Bruttoinlandsprodukt) steigt von 1,24 Prozent 2018 auf 1,37 Prozent 2020 an.

Auch die Entwicklungspolitik wird gestärkt: Die ODA-Mittel sind 2020 auf Rekordniveau. Die ODA-Quote wird im Jahr 2020 wie im Koalitionsvertrag vereinbart mindestens auf dem Niveau 2017 gehalten. Deutschland wird darum voraussichtlich auch 2020 wieder die zweitgrößte Gebernation der Welt sein. Die ODA-Quote meint den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen, BNE. ODA steht für Official Development Assistance.

## Ablauf

Wie geht es weiter? Die Bundesregierung hat ihren Haushaltsentwurf vorgelegt. Jetzt starten die Haushaltsberatun-

---

gen. Die so genannte Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses – also die Nacht, in der der Sack zugemacht wird – findet am 14. November statt. Vom 26. bis 29. November berät dann abschließend der Deutsche Bundestag und beschließt den Bundeshaushalt 2020.

### **Brandt und der Klimaschutz**

Mützenich machte auch nochmal deutlich, dass es die SPD war, die früher als alle anderen Parteien den Klimaschutz vorgebracht hat. Denn es war Willy Brandt, der bereits im Bundestagswahlkampf 1961 die Schattenseiten des Wirtschaftswunders klar erkannt und für den „blauen Himmel über der Ruhr“ geworben hat. Es gelang mit dem Zutun vieler, vor allem aber der Ruhrgebietsstädte, diese Vision zu verwirklichen, so Mützenich.

In dem Zusammenhang machte sich der Fraktionschef für eine Altschuldenregelung der Kommunen stark, denn ohne sie werde es kaum gelingen, das sozial-ökologische Umsteuern, etwa des Verkehrs, der Energieversorgung oder des Gebäudebestandes auf den Weg zu bringen. Er warb eindringlich für das Ziel, die Kommunen zu stärken und allen den gleichen Spielraum durch Chancengleichheit zu geben.

Der Kohlekompromiss, der sich im vorliegenden Haushalt und im vom Kabinett beschlossenen Strukturstärkungsgesetz widerspiegelt, sei ein Beispiel, wie Klimaschutz, Digitalisierung und soziale Gerechtigkeit im Veränderungsprozess unserer Zeit zusammen gedacht und verwirklicht werden kann.

### **Gemeinsamkeit statt Nationalismus**

Ohne Zusammenhalt geht es nicht im Kleinen, aber auch nicht im Großen. Klimaschutz beispielsweise muss auch auf europäischer Ebene ganz oben auf der Agenda stehen, als Green New Deal sozusagen.

Die internationale Ordnung steht unter Druck. Die weltweite unsichere Lage, Stichwörter Nahostkrise, Ukraine-Konflikt, Russland, Nordkorea, Trump, Hongkong bis hin zum Brexit, bescheinigt, wie dringend notwendig es ist, mit allen im Gespräch zu bleiben, auf Gemeinsamkeit statt Nationalismus zu setzen.

Mützenich drückt das konkret aus: „Der Frieden in Europa war nicht dann gesichert, wenn dem Kontinent ein Übermaß an Rüstung und Militär zur Verfügung stand, sondern nur dann, wenn kluge, gemeinsame politische Entscheidungen in einem von Regeln und Normen geprägten Umfeld getroffen wurden“.

Der Automatismus militärischer Drohungen und Gegendrohungen müsse durchbrochen werden. Mützenich: „Ich sehe dafür keinen besseren Platz als in einer gemeinsamen europäischen Friedensordnung, am besten unter Einschluss Russlands.“

## **Soli wird für fast alle abgeschafft**

Die Bundesregierung hat auf ihrer Kabinettsitzung am 21. August 2019 einen Gesetzentwurf von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) zum Abbau des Solidaritätszuschlags verabschiedet.

Der Gesetzentwurf sieht vor, was die Koalition in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen und versprochen hat: Mehr als 90 Prozent aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler müssen von 2021 an keinen Soli mehr bezahlen. Millionen Bürger

werden so finanziell deutlich entlastet – insbesondere Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen und Familien.

Das Gute: Die dann höheren Nettoeinkommen stärken die Binnenkonjunktur, was angesichts der unsicheren Exportlage für Deutschlands Wirtschaft wiederum von großem Nutzen ist.

Nicht nur für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entfällt der Zuschlag. Auch viele Selbständige und Gewerbetreibende zahlen ihn künftig nicht mehr. Das setzt Anreize für Investitionen und neue Arbeitsplätze.

Der wesentliche Inhalt des Gesetzentwurfs:

- Anhebung der Freigrenze für die Einkommensteuer, bis zu der kein Solidaritätszuschlag anfällt, auf 16.956 Euro bzw. auf 33.912 Euro (Einzel-/Zusammenveranlagung). Wer also jährlich weniger als 16.956 Euro an Einkommen- oder Lohnsteuer zahlt, wird künftig den Soli nicht mehr zahlen müssen. Bei zusammen Veranlagten beträgt die Grenze 33.912 Euro. Nach geltendem Recht wird der Zuschlag erhoben, wenn die tarifliche Einkommensteuer den Betrag von 972 Euro bzw. 1944 Euro (Einzel-/ Zusammenveranlagung) übersteigt.
- Anpassung der Milderungszone, so dass das Gesetz bis weit in die Mittelschicht wirkt. Übersteigt die tarifliche Einkommensteuer die Freigrenze, wird der Solidaritätszuschlag nicht sofort in voller Höhe, also mit 5,5 Prozent der Einkommenssteuer, erhoben. Stattdessen wird er für rund weitere 6,5 Prozent der Soli-Zahlenden ebenfalls abgesenkt, allerdings bei steigenden Einkommen mit abnehmender Wirkung.

### **Zwei Beispiele:**

Für ledige sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer entfällt der Solidaritätszuschlag vollständig bis zu einem Bruttojahreslohn von 73.874 Euro. Erst ab einem Bruttojahreslohn von 109.451 Euro muss weiterhin der volle Soli entrichtet werden. Ab 73.874 Euro fällt der Solidaritätszuschlag in der Milderungszone nur noch zum Teil an.

Eine Familie mit zwei Kindern (alleinverdienende Arbeitnehmerin bzw. alleinverdienender Arbeitnehmer) muss erst ab einem Bruttojahreslohn von 221.375 Euro den vollen Solidaritätszuschlag entrichten, ab 151.990 Euro wird er in der Milderungszone nur noch zum Teil erhoben. Bis zu einem Bruttojahreslohn von 151.990 Euro zahlt die Familie gar keinen Solidaritätszuschlag mehr.

Wichtig dabei ist aber: Das sind zwei Beispiele unter bestimmten Bedingungen. Denn grundsätzlich kommt es nicht auf das Bruttojahreseinkommen, sondern auf das zu versteuernde Jahreseinkommen an. Das unterscheidet sich natürlich, zum Beispiel durch Ehe, Kinder etc.

### **Keine Steuergeschenke für Millionäre**

So gibt es eine deutliche finanzielle Stärkung für die allermeisten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Allerdings: Eine Abschaffung auch für die einkommensstärksten zehn Prozent der Soli-Zahlenden, also etwa den Vorstand eines Dax-Konzerns, würde zusätzlich rund 11 Milliarden Euro jährlich kosten und lediglich die Nettoeinkommen von Spitzenverdienern weiter erhöhen. Und für Steuergeschenke an Einkommensmillionäre steht die SPD-Bundestagsfraktion nicht zur Verfügung.

SPD-Fraktionsvizechef Achim Post stellt klar: „Von einer Komplett-Abschaffung des Soli, so wie es CDU und CSU am liebsten wollen, würden nur noch die absoluten Topverdiener profitieren. Der Vorstandschef eines DAX-Unternehmens

---

käme im Schnitt auf Steuersenkungen von mehr als 140.000 Euro im Jahr. Ein solches milliardenschweres Entlastungsprogramm für Topverdiener wäre nicht nur höchst ungerecht, es würde den Staat auch Einnahmen kosten, die wir für Investitionen etwa in Bildung und Klimaschutz dringend gebrauchen. Eine Komplett-Abschaffung des Soli ist und bleibt für die SPD-Fraktion daher nur denkbar, wenn sie mit einer Erhöhung der Reichen- und Einkommensteuer für Topverdiener verbunden ist. Steuerentlastungen dürfen nicht dazu führen, dass die soziale Schere in unserem Land noch weiter aufgeht. Stattdessen muss es das Ziel sein, sie zu schließen.“

## Resolution: Die Menschen stark machen für die Arbeit von morgen

Die Abgeordneten der SPD-Fraktion wollen den Wandel, der sich durch Globalisierung und Digitalisierung in der Arbeitswelt vollzieht, sozial gerecht und sicher gestalten. Niemand soll sich Sorgen vor den Veränderungen machen müssen.

Das kommende Jahrzehnt wird zur einem Jahrzehnt der Transformation, also einem Prozess der Entwicklung, vom aktuellen Zustand hin zu einem angestrebten Zielzustand in der nahen Zukunft. Klimawandel, Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Demografie und gesellschaftlicher Wertewandel verändern unser Leben und unsere Arbeit – und es geht immer schneller. Diese Veränderungen bringen neue Chancen mit sich, aber natürlich auch Sorgen und Ängste.

Die SPD-Bundestagsfraktion nimmt diese Sorgen nicht nur ernst, sondern handelt auch entsprechend. Am 5. September 2019 hat sie dazu ein Positionspapier beschlossen, das sich damit befasst, wie sich dieser Wandel ökonomisch, ökologisch und vor allem sozial gestalten lässt – das ist der Auftrag sozialdemokratischer, progressiver Politik.

Zunächst: Deutschland ist und bleibt eine Arbeitsgesellschaft. Die SPD-Fraktion weiß um den Wert der Arbeit. Deshalb ist ihre Antwort darauf das „Recht auf Arbeit“. Das bedeutet, dass sich die Solidargemeinschaft dazu verpflichtet, sich um jeden Einzelnen zu kümmern und jedem Arbeit und Teilhabe zu ermöglichen.

### Stärkere Qualifizierungsoffensive

Arbeit ist nicht nur Basis für ein Einkommen. Arbeit ist auch ein wichtiger Baustein für die Selbstverwirklichung und ein Weg zu einem selbstbestimmten Leben. Deshalb kämpft die Sozialdemokratie für eine starke Sozialpartnerschaft, anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen, für ein effektives Arbeitsrecht, einen wirksamen Arbeitsschutz und nicht zuletzt für eine passgenaue Förderung für alle, damit sie ihre eigene Zukunft durch Qualifizierung sowie Fort- und Weiterbildung selbst in die Hand nehmen können.

Die Abgeordneten der SPD-Fraktion fordern in ihrer Resolution eine noch stärkere Qualifizierungsoffensive. Es gibt bereits das von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) auf den Weg gebrachte und vom Parlament beschlossene Qualifizierungschancengesetz, mit dem Mitarbeiter im Rahmen einer Weiterbildungsförderung bezuschusst werden.

Auch die Nationale Weiterbildungsstrategie enthält viele Verbesserungen bei der Weiterbildungsberatung und -förderung.

Außerdem gibt es mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz einen Durchbruch bei der dringend benötigten Einwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten. Damit lassen sich Fachkräfteeinwanderung bedarfsgerecht steuern, die Anerkennung von Abschlüssen erleichtern, gezielte Strategien zur

Fachkräftegewinnung entwickeln und Deutschlernen besser fördern.

Darüber hinaus bedarf es jedoch neuer Antworten, sowohl auf Ebene der Unternehmen wie auch auf der von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Ihnen will die SPD-Fraktion die Mittel an die Hand geben, die sie brauchen, um mit dem Wandel Schritt zu halten.

### Das „Arbeit-von-morgen-Gesetz“

Die Sozialdemokraten wollen bei der Gestaltung der Arbeit von morgen im Sinne einer gelebten Sozialpartnerschaft gemeinsames, weitsichtiges Handeln fördern. Zugleich gilt es, Handlungsfähigkeit zu sichern für den Fall, dass sich der Aufschwung der Wirtschaft eintrübt. Die Kernforderungen des geplanten „Arbeit-von-morgen-Gesetzes“ von Hubertus Heil benennen die notwendigen Schritte, die hier gegangen werden müssen.

Gerade wenn ihre Arbeit etwa durch die digitale Entwicklung ersetzt zu werden droht und der Arbeitgeber frühzeitige Weiterbildung oder Umschulung ablehnt, müssen die betroffenen Beschäftigten handeln können. Sie brauchen eine Qualifizierungsgarantie für eine neue, zukunftsfähige Fortbildung oder eine neue Ausbildung.

### Nachhaltige Erwerbsperspektive muss im Auge bleiben

Wir dürfen gerade auch im Wandel nicht auf kurzfristige Vermittlung etwa in schlecht bezahlte oder nicht zukunftsfeste Arbeit setzen, sondern müssen die nachhaltige Erwerbsperspektive im Auge haben. Gleich, ob es Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld oder von Grundsicherungsleistungen sind – in beiden Fällen müssen nachhaltige Qualifizierung und Weiterbildung besser gefördert und mit einem Rechtsanspruch versehen werden.

Die Obergrenze für Weiterbildungsmaßnahmen von 24 Monaten muss in beiden Fällen endlich aufgehoben werden. Arbeitsuchende, die mutig eine größere Weiterbildung in Angriff nehmen, sollten direkt und unbürokratisch unterstützt und auch belohnt werden. Damit sich Menschen Weiterbildung auch leisten können, brauchen sie in dieser Zeit eine ausreichende finanzielle Unterstützung.

Insbesondere für die Beschäftigten mit einer einfachen Qualifikation müssen aber auch neue Beschäftigungsfelder entwickelt bzw. gefördert werden.

Für diejenigen, die trotz vielfältiger Unterstützung und Förderung keine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt finden, will die SPD-Fraktion den Sozialen Arbeitsmarkt ausbauen und weiterentwickeln. Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass Arbeit für alle vorhanden ist, um das Recht auf Arbeit mit Leben zu füllen.

### Den Begriff von Betrieb erweitern

Und nicht zuletzt verlangen die räumliche und zeitliche Entgrenzung von Arbeit sowie Phänomene wie Crowdfunding und Clickworking nach Anpassungen im Betriebsverfassungsgesetz. Die SPD-Fraktion fordert hier verbindliche Mindeststandards für neue Formen der Arbeit. Es muss dafür gesorgt werden, dass Beschäftigung nicht an der bewährten Mitbestimmung vorbei organisiert wird. Daher müssen Möglichkeiten gefunden werden, den gesetzlichen Betriebsbegriff zu erweitern und den Belegschaftsbegriff anzupassen.

---

Die SPD-Fraktion Beschäftigte stark und fit machen für die Arbeit von morgen und ihnen Perspektive und Zuversicht geben. Damit wird das Fundament für wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Zusammenhalt in Deutschland für die Zukunft gefestigt.

## Zur Resolution

[https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/resolution\\_arbeit\\_in\\_der\\_transformation.pdf](https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/resolution_arbeit_in_der_transformation.pdf)

## Beschluss: Pflege solidarisch gestalten

Am vergangenen Freitag hat die SPD-Bundestagsfraktion ein Positionspapier zum Thema Pflege beschlossen. Kern des Papiers sind die zentralen Herausforderungen, wie sich in Zukunft eine würdevolle Pflege gewährleisten und solidarisch finanzieren lässt, wie mehr Personal für den gesamten Sektor Pflege gewonnen und die Arbeit möglichst familienfreundlich und weniger belastend gestaltet werden kann.

Es ist sozialdemokratischer Anspruch, dass alle Menschen unabhängig von Herkunft, sozialem Status und Einkommen in jeder Lebensphase gut und würdevoll leben können. Dazu bedarf es einer weiteren Verbesserung der Arbeitsbedingungen, vor allem durch gute Personalschlüssel, verbindliche Tarifverträge und bessere Bezahlung.

Ein würdevolles Leben auch bei Pflegebedürftigkeit ist ein sozialpolitisches Versprechen, auf das sich alle Menschen verlassen können müssen. Darum will die SPD-Fraktion Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreifen, finanzieren und gestalten.

### Eigenanteile begrenzen

Momentan ist es so: Für alle Kosten, die über den festen Zuschuss der Pflegeversicherung hinausgehen, müssen die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen oder die Kommunen über Sozialhilfe aufkommen.

Vor allem in Heimen müssen neben den Eigenanteilen an den Pflegekosten auch die Kosten für Unterkunft und Verpflegung, der Investitionskostensatz und die Ausbildungsumlage von den Pflegebedürftigen bezahlt werden. So kommt es zu Gesamtkosten von bis zu 3000 Euro monatlich, die besonders jene überfordern, die lange Zeit auf eine stationäre Pflege angewiesen sind.

Das will die SPD-Fraktion aber verändern: Die Weiterentwicklung der sozialen Pflegeversicherung zu einer Pflegebürgerversicherung ist der nächste notwendige Schritt. Nur so kann ihre Finanzierung nachhaltig auf eine solide Grundlage gestellt werden. Bereits heute erbringen private und soziale Pflegeversicherung die gleichen Leistungen. Darum ist eine Zusammenlegung verhältnismäßig unkompliziert möglich. Wenn alle Einkommensgruppen, auch Beamte und Selbstständige, in die gesetzliche Pflegeversicherung einzahlen, verbreitert sich ihre Einnahmeseite erheblich.

Das oben genannte bisherige Prinzip will die Fraktion quasi umdrehen: Nicht die Zuschüsse der Pflegeversicherung sind dann gedeckelt, sondern die von den Pflegebedürftigen selbst zu tragenden Eigenanteile für die Pflege. Die darüber hinaus anfallenden, pflegebedingten Kosten übernimmt danach die Pflegeversicherung (ohne Unterkunft, Verpflegung und In-

vestitionskosten). Langfristig kann eine so umgebaute Pflegeversicherung zu einer Pflegekostenvollversicherung weiterentwickelt werden, indem die Höhe der Eigenanteile nach und nach gegen Null abgesenkt wird. Besonders Menschen, die über einen langen Zeitraum auf eine Pflege im Heim angewiesen sind, sollten entlastet werden.

### Die SPD-Bundestagsfraktion fordert:

- Eine solidarische Pflegebürgerversicherung
- Eine Deckelung der Eigenanteile an pflegebedingten Kosten
- Die Pflegeversicherung auch mit Steuermitteln stabilisieren
- Die Kommunen in ihrer Verantwortung für die Pflege stärken
- Gewinnmaximierung auf Kosten der Pflege beenden

### Pflegeprofession stärken

Pflege braucht Zeit. Nur mit genügend Kolleginnen und Kollegen können Pflegekräfte ihrer Kernaufgabe gerecht werden: würdevolle Pflege leisten, die den individuellen Bedürfnissen der Pflegebedürftigen gerecht wird.

Deshalb bedarf es einer Qualifizierungsoffensive für alle Berufsgruppen in der Pflege. Gerade für ein gelingendes Zusammenspiel der unterschiedlichen Berufe ist es wichtig, die examinierten Fachkräfte in ihrer Professionalität zu stärken. Sie haben eine umfassende Methodenkompetenz, um auch komplexe Pflegeprozesse handhaben und steuern zu können.

Arbeitgeber sind gefordert, in die Mitarbeiterbindung zu investieren und Arbeitszeitmodelle zu entwickeln, die mehr Vollzeitbeschäftigung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Dazu gehört zum Beispiel das Ende geteilter Dienste, wo immer das möglich und von der Mitarbeiterschaft gewollt ist.

Alle Berufe in der Pflege müssen so bezahlt werden, dass man davon leben, eine Familie ernähren und fürs Alter vorsorgen kann. Egal, ob Pflegekräfte bei einem privaten, einem öffentlichen oder einem freigemeinnützigen Anbieter arbeiten, ob im Süden oder im Osten. Deshalb will die SPD-Fraktion einen guten Tarifvertrag auch in der Pflegebranche auf möglichst hohem Niveau flächendeckend erreichen.

### Die SPD-Bundestagsfraktion fordert:

- Bundesweit verbindliche und bedarfsgerechte Personalschlüssel
- Flächendeckende tarifliche Bezahlung für alle Berufe in der Pflege, die auf den oberen bereits vorhandenen Tarifregelungen aufsetzt
- Mehr Entscheidungsverantwortung für Pflegekräfte
- Weniger Bürokratie, besseres Personal- und Dienstmanagement
- Digitalisierung auch im Pflegebereich fördern
- Starke Interessenvertretung der Pflege

### Pflegende Angehörige entlasten

Bereits heute haben pflegende Angehörige Anspruch auf viele Unterstützungsleistungen. Aber durch die Vielfalt und die flexiblen Kombinationsmöglichkeiten bestehender Angebote entsteht ein sprichwörtlicher Pflegeschungel, der oft nur

schwer zu überblicken ist. Die SPD-Fraktion will, dass Beratungsangebote von/in den Gemeinden verbessert und gebündelt werden. Kommunale Pflegelotsen sollen durch präventive Hausbesuche und eine aufsuchende Beratung Betroffene vor Ort unterstützen.

Wo Pflegestützpunkte vorhanden sind, sollen die Pflegelotsen dort angesiedelt werden. Wo es keine oder zu wenige Stützpunkte gibt, müssen sie ausgebaut und etabliert werden. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen brauchen eine unbürokratische, wohnortnahe Beratung aus einer Hand.

Für eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist auch ein Ausbau der Kurzzeitpflegplätze dringend notwendig. Wenn pflegende Angehörige krank werden oder wohlverdienten Urlaub in Anspruch nehmen möchten, brauchen sie ein zuverlässig und kurzfristig verfügbares Angebot für die Übernahme der Pflege ihrer Angehörigen. Um dieses Angebot sicherzustellen, müssen Kurzzeitpflegplätze auskömmlich finanziert werden.

#### **Die SPD-Bundestagsfraktion fordert:**

- Freistellungsanspruch und Lohnersatzleistungen für pflegende Angehörige äquivalent zur Lebensphase der Elternschaft
- Bessere Beratung durch ein kommunal gestaltetes Pflegelotsenangebot
- Mehr und auskömmlich finanzierte Kurzzeitpflegplätze
- Förderung innovativer Ansätze in der ambulanten und teilstationären Pflege
- Flexible Nutzungs- und Kombinationsmöglichkeiten vorhandener Angebote
- Bessere und mobile Rehabilitationsangebote für Pflegebedürftige
- Bessere Interessenvertretung für Pflegebedürftige

#### **Der Beschluss**

[https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/positionspapier\\_pflege\\_solidarisch\\_gestalten.pdf](https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/positionspapier_pflege_solidarisch_gestalten.pdf)

## **Haushalt 2020 mit Rekordinvestitionen und sozialer Stärkung**

Die Sommerpause ist vorbei, das Parlament nimmt seine Arbeit auf. Die erste Sitzungswoche ist die so genannte Haushaltswoche, in der die Abgeordneten in erster Lesung über den Haushaltsentwurf von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) für das Jahr 2020 beraten.

An diesem Dienstag hat Scholz seinen Gesetzentwurf eingebracht, nun beginnen die Haushaltsberatungen (Drs. 19/11800). Das Haushaltsrecht, über Jahrhunderte von Abgeordneten erkämpft, ist das Königsrecht des Parlaments.

Der Entwurf sieht Ausgaben und Einnahmen in Höhe von je 359,9 Milliarden Euro vor. Zum sechsten Mal in Folge ist es damit ein Haushalt, der ohne neue Schulden auskommt – Rekord.

Ein Rekord ist auch bei den Investitionen zu melden: Sie steigen im Zeitraum 2020 bis 2023 auf insgesamt 159,4 Milliarden Euro. Das sind 37,7 Milliarden mehr als in der vergangenen Legislaturperiode und bedeuten eine Steigerung um rund

30 Prozent. Keine Bundesregierung hat je mehr für Investitionen ausgegeben!

Außerdem herrscht nach wie vor Rekordbeschäftigung, auch wenn das Wirtschaftswachstum leicht sinkt und dadurch wohl weniger Steuern eingenommen werden können. Die Priorität des Haushalts liegt deshalb auf dem sozialen Zusammenhalt, dem Klimaschutz und der Gestaltung eines modernen Landes.

#### **Haushalt für Investitionen und Zusammenhalt**

Bundesfinanzminister Olaf Scholz betont: „Zusammenhalt und Vertrauen in unser Gemeinwesen entsteht nur dann, wenn alle Bürgerinnen und Bürger sicher sein können, dass ihr konkreter Lebensalltag verbessert wird und zugleich Hoffnung auf eine gemeinsame gute Zukunft besteht.“ Dazu gehöre auch, den Klimaschutz weiter voranzubringen.

Der kommissarische SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich erklärt: „Unsere Strategie muss Zusammenhalt, Gestaltungswille und Handlungsfähigkeit sein. Wir brauchen dauerhaft mehr Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Das ist ein langer politischer Weg, den wir bereit sind, Schritt für Schritt zu gehen.“

Die zusätzlichen Investitionen kommen vor allem dem Schienenbereich als klimafreundlichem Verkehrsträger zugute. Mobilität bedeutet Teilhabe. In dem Kontext ist auch der Breitbandausbau mit rund 4 Milliarden Euro für Projekte auf Grundlage eines laufenden Förderprogramms berücksichtigt. Er ist wichtig für die innovativen und global gefragten Unternehmen in Deutschland.

#### **Mehr für Bildung**

Bildung und Forschung behalten hohe Priorität. In den nächsten 4 Jahren sind mehr als 100 Milliarden Euro im gesamten Bundeshaushalt eingeplant. So stehen für den Digitalpakt Schule (5 Milliarden Euro bis 2023) als Anschubfinanzierung 720 Millionen bereit. Hinzu kommen Erlöse in Höhe von knapp 2 Milliarden Euro aus Frequenzversteigerungen.

Für das im Koalitionsvertrag vorgesehene Ganztagschulprogramm sind 2020 und 2021 jeweils 1 Milliarde Euro in den Einzelplänen des Bildungs- und des Familienministeriums vorgesehen.

Es gibt zudem Leistungsverbesserungen beim BAföG und bei der Aufstiegsfortbildungsförderung.

Für die Jahre von 2021 an kommen ansteigende dreistellige Millionenbeträge für den kürzlich abgeschlossenen Pakt für Forschung und Innovation IV hinzu. Auch der Hochschulpakt wird, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, ausgebaut. Die Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung ist außerdem auf dem Weg. Das alle sind Punkte, die auf Druck der SPD-Fraktion gestärkt werden, weil Bildung die beste Garantie für sozialen Aufstieg und für soziale Sicherheit im Wandel der Arbeitswelt ist.

#### **Klimaschutz wird eingepreist**

Die Koalition stellt sich ihrer Verantwortung auch beim Klimaschutz – und verstärkt ihre Anstrengungen. Beispiel Kohleausstieg: Der Bund stellt allein bis 2023 insgesamt 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung, um den Strukturwandel in den vom Braunkohleausstieg betroffenen Regionen zu unterstützen. Die Menschen in den Regionen werden nicht allein lassen.

---

Darüber hinaus arbeitet die Koalition zurzeit an einem Maßnahmenprogramm zur Umsetzung des Klimaschutzplans. Diese Maßnahmen werden in der noch ausstehenden Planung des Energie- und Klimafonds berücksichtigt werden.

### Familien werden gestärkt

Der soziale Zusammenhalt ist einer der Kernpunkte des Haushalts. Deshalb gibt es insbesondere für Familien mit kleinen und mittleren Einkommen mehr Geld durch:

- Erhöhung Kindergeld/Kinderfreibetrag,
- Ausgleich der kalten Progression
- Von 2021 an Abschaffung des Soli für 90 Prozent derer, die ihn heute zahlen,
- 1 Milliarde Euro Finanzhilfen als Programmmittel in den Jahren 2020 und 2021 für den sozialen Wohnungsbau,
- 550 Millionen Euro mehr für Wohngeld inklusive Leistungsverbesserungen im Finanzplanzeitraum.

Mit insgesamt 10 Milliarden Euro fördert die Koalition allein im kommenden Jahr die Eingliederungsleistungen für Langzeitarbeitslose über den sozialen Arbeitsmarkt. Auch in Zeiten von Rekordbeschäftigung und vor dem Hintergrund einer konjunkturellen Abkühlung will die Koalition – ebenfalls auf Druck der SPD-Fraktion – mehr gegen Langzeitarbeitslosigkeit tun.

### Entwicklungshilfe auf Rekordquote

Entgegen vieler Behauptungen steigt auch der Verteidigungshaushalt 2020 gegenüber 2018 um rund 6,0 Milliarden an. Die so genannte Nato-Quote (Verteidigungsausgaben/Bruttoinlandsprodukt) steigt von 1,24 Prozent 2018 auf 1,37 Prozent 2020 an.

Auch die Entwicklungspolitik wird gestärkt: Die ODA-Mittel sind 2020 auf Rekordniveau. Die ODA-Quote wird im Jahr 2020 wie im Koalitionsvertrag vereinbart mindestens auf dem Niveau 2017 gehalten. Deutschland wird darum voraussichtlich auch 2020 wieder die zweitgrößte Gebernation der Welt sein. Die ODA-Quote meint den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen, BNE. ODA steht für Official Development Assistance.

### Ablauf

Wie geht es weiter? Die Bundesregierung hat ihren Haushaltsentwurf vorgelegt. Jetzt starten die Haushaltsberatungen. Die so genannte Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses – also die Nacht, in der der Sack zugemacht wird – findet am 14. November statt. Vom 26. bis 29. November berät dann abschließend der Deutsche Bundestag und beschließt den Bundeshaushalt 2020.

## Mützenich: Gerecht zu regieren, ist die Grundlage unseres Handelns

Der kommissarische Fraktionschef Rolf Mützenich erläuterte in seiner Rede am Mittwochvormittag zum Haushalt 2020 die jahrhundertalte Idee des „gerechten Regierens“.

Saal des Friedens heißt er, und seine Fresken an den Wänden dienen seit dem 14. Jahrhundert als bildhaftes Beispiel, wie „gutes Regieren“ aussehen sollte. Das alte Rathaus von Siena, jener mittelalterlichen Stadt in der italienischen Toskana, beherbergt einige der wertvollsten Freskenzyklen, die die Auswirkungen der Art der Herrschaft auf die Bevölkerung in Stadt und Land darstellen. Sie zeigen, wie die Stadtgesellschaft unter einer guten Regierung auflebt und unter einer schlechten verdorrt.

Wie ein Memento, eine Mahnung, kann man sie heute sehen, denn auch 2019 lautet die Frage: Kann eine liberale Staatsform in einem konfliktreichen und chaotischen Umfeld überleben? Diese Frage stellt sich lokal, national und international.

Rolf Mützenich, kommissarischer Chef der SPD-Bundestagsfraktion, verwies am Mittwochmorgen im Bundestag auf den alten Saal im Sienaer Rathaus, den Sala della Pace, und mahnte: „Demokratisches, an Ausgleich, Rechtsstaatlichkeit und Frieden ausgerichtetes Regieren ist in seiner Substanz allen anderen Formen weit überlegen“.

### Bollwerk gegen das Totale

Mützenich sprach im Rahmen der Haushaltsdebatte. Vor ihm hatte die AfD-Politikerin Alice Weidel in einer teils fremdenfeindlichen und chauvinistischen Rede wieder einmal dargelegt, warum ihrer Fraktion die Demokratie offenbar nicht viel bedeutet – und damit bewiesen, dass man sich solchen Rechtspopulisten und Nationalisten entschlossen entgegenstellen muss.

Rolf Mützenich dagegen erklärte, dass die Hoffnung auf gerechtes Regieren im europäischen Kulturraum ein jahrhundertaltes Motiv sei, eben sichtbar auch an den alten Wandgemälden im Saal des Friedens. Und der beste Ort, sich gegen die Demokratieverächter zu stellen, sei „im Parlament“. Der Zusammenhalt aller überzeugten und gewissenhaften Demokraten sei „ein Bollwerk gegen das Totale“.

Mützenich ist seit seinem Eintritt in den Bundestag 2002 ein überzeugter und leidenschaftlicher Außenpolitiker. Er sich vehement für die ursozialdemokratischen Werte Abrüstung und Frieden ein.

### Konkrete Hilfe anbieten

Wie wichtig eine friedensorientierte Politik auch für den inneren Zusammenhalt einer Gesellschaft ist, machte Mützenich deutlich, indem er die Unterschiede der verschiedenen Politikansätze aller im Bundestag vertretenen Fraktionen herausarbeitete. Da seien diejenigen, „die lediglich für eine fiktive Volksgemeinschaft eintreten und dabei übersehen, dass Ausgrenzen immer das Gegenteil von gutem Regieren bedeutet“.

Dann gebe es jene, die Regieren mit einem Selbstvertretungsanspruch verwechseln, ebenso wie diejenigen, die es sich leisten wollen, „auf das Regieren überhaupt zu verzichten, weil andere Kräfte in der Gesellschaft genügend Mittel besitzen, um Interessen außerhalb der politischen und rechtsstaatlichen Institutionen durchzusetzen“.

Schließlich gebe es noch die Vertreter, die sich „auf urbane Eliten stützen und darauf vertrauen, Selbsthilfe und individuelle Förderung genügen zur Selbstbehauptung und Verwirklichung des Einzelnen“.

Das alles ist nicht das, was die SPD-Fraktion unter gutem Regieren versteht. Mützenich: „Wir Sozialdemokratinnen und

---

Sozialdemokraten wollen konkrete Hilfen anbieten und zugleich die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes, solidarisches und besseres Leben schaffen.“

Die Arbeiterbewegung habe mit aller Stärke und Konsequenz dafür gekämpft. „Wir bleiben diesem Erbe verbunden. Das ist unsere Antwort auf die Umbrüche unserer Zeit“, bekräftigte Mützenich.

Und Umbrüche gibt es viele: Angefangen bei der Globalisierung und Digitalisierung bis hin zum Klimawandel – überall müssen die Menschen sich anstrengen, Schritt zu halten. Viele sehen große Chancen, viele aber machen sich auch große Sorgen. Aufgabe einer Politik des guten und gerechten Regieren, so Mützenich, ist es, eine gerechte Arbeitswelt und funktionierende soziale Strukturen auch für kommende Generationen zu schaffen.

Ein solider Finanzhaushalt, das ist für Mützenich ganz klar, ist die Voraussetzung für gerechtes Regieren. „Er muss zugleich Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit geben. Ein guter Haushalt baut Wege in die Zukunft und ist nicht die Summe einzelner Projekte.“ Und genau das liefere der Haushalt von Finanzminister Olaf Scholz (SPD).

Dabei sei dieser Haushalt nur „der Anfang eines längeren Weges, der die Veränderungen unserer Zeit gestalten will.“ Was er meint: Gerechtes Regieren kann nur dann nachhaltig sein, wenn man gleichzeitig sagt, was man in Zukunft erreichen will, über die Jahrespläne eines Haushaltes hinaus.

### **Drei Bereiche sind für Mützenich hier besonders wichtig:**

- die Digitalisierung der Arbeitswelt
- die Zukunft unserer Lebenswelt
- und Frieden durch gemeinsame Sicherheit

Vor diesem Hintergrund will Mützenich mit seiner Fraktion eine „kluge, dem Gemeinwohl verpflichtete Politik betreiben“ und so versuchen, „die Spaltungen, die unsere Wirtschaftsordnung hervorbringt, so klein wie möglich zu halten“.

Die SPD-Fraktion will verhindern, dass die Bürgerinnen und Bürger auf die freie Ware Arbeitskraft und den bloßen Marktteilnehmer reduziert werden. Mützenich plädiert für mehr Schutz in prekären Arbeitsverhältnissen und mehr Schutz für die Gesundheit der Beschäftigten. Arbeitszeitverkürzungen und moderne Arbeitszeitmodelle müssen gesetzlich abgesichert werden. „Geregelte Arbeitszeit ist Arbeitsschutz.“

### **Brandt und der Klimaschutz**

Mützenich machte auch nochmal deutlich, dass es die SPD war, die früher als alle anderen Parteien den Klimaschutz vorangebracht hat. Denn es war Willy Brandt, der bereits im Bundestagswahlkampf 1961 die Schattenseiten des Wirtschaftswunders klar erkannt und für den „blauen Himmel über der Ruhr“ geworben hat. Es gelang mit dem Zutun vieler, vor allem aber der Ruhrgebietsstädte, diese Vision zu verwirklichen, so Mützenich.

In dem Zusammenhang machte sich der Fraktionschef für eine Altschuldenregelung der Kommunen stark, denn ohne sie werde es kaum gelingen, das sozial-ökologische Umsteuern, etwa des Verkehrs, der Energieversorgung oder des Gebäudebestandes auf den Weg zu bringen. Er warb eindringlich für das Ziel, die Kommunen zu stärken und allen den gleichen Spielraum durch Chancengleichheit zu geben.

Der Kohlekompromiss, der sich im vorliegenden Haushalt und im vom Kabinett beschlossenen Strukturstärkungsgesetz

widerspiegelt, sei ein Beispiel, wie Klimaschutz, Digitalisierung und soziale Gerechtigkeit im Veränderungsprozess unserer Zeit zusammen gedacht und verwirklicht werden kann.

### **Gemeinsamkeit statt Nationalismus**

Ohne Zusammenhalt geht es nicht im Kleinen, aber auch nicht im Großen. Klimaschutz beispielsweise muss auch auf europäischer Ebene ganz oben auf der Agenda stehen, als Green New Deal sozusagen.

Die internationale Ordnung steht unter Druck. Die weltweite unsichere Lage, Stichwörter Nahostkrise, Ukraine-Konflikt, Russland, Nordkorea, Trump, Hongkong bis hin zum Brexit, bescheinigt, wie dringend notwendig es ist, mit allen im Gespräch zu bleiben, auf Gemeinsamkeit statt Nationalismus zu setzen.

Mützenich drückt das konkret aus: „Der Frieden in Europa war nicht dann gesichert, wenn dem Kontinent ein Übermaß an Rüstung und Militär zur Verfügung stand, sondern nur dann, wenn kluge, gemeinsame politische Entscheidungen in einem von Regeln und Normen geprägten Umfeld getroffen wurden“.

Der Automatismus militärischer Drohungen und Gegendrohungen müsse durchbrochen werden. Mützenich: „Ich sehe dafür keinen besseren Platz als in einer gemeinsamen europäischen Friedensordnung, am besten unter Einschluss Russlands.“

## **Beschluss: Mut zu mehr Fortschritt in Europa**

Am 6. September 2019 hat die SPD-Bundestagsfraktion auf ihrer Klausursitzung ein Positionspapier für die neue europäische Legislaturperiode und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 beschlossen.

In der neuen europäischen Legislaturperiode müsse es gelingen, „die dringend notwendigen Reformen und Fortschritte in Europa erfolgreich voranzubringen“, heißt es in dem Beschluss. Angesichts eines mehr und mehr von Unsicherheit gekennzeichneten internationalen und ökonomischen Umfelds und des fortschreitenden Klimawandels könne es sich Europa nicht leisten, weitere Zeit verstreichen zu lassen.

Weiter heißt es: „Die demokratischen und fortschrittswilligen Kräfte in Europa müssen jetzt zügig und gemeinsam handeln – für mehr Investitionen in nachhaltiges Wachstum und zukunftsfähige Jobs in einem sozialen Europa, für mehr Steuergerechtigkeit in Europa, für eine starke und wehrhafte europäische Demokratie und für ein Europa des Friedens und der humanitären Verantwortung.“

Die SPD-Fraktion will, dass dafür insbesondere auch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr starke Impulse gibt.

### **Ihre Kernforderungen für die kommenden Jahre sind:**

- Europa mit einer neuen „Europa2030-Strategie“ zum Vorreiter für nachhaltiges Wirtschaften, Zukunftsinvestitionen und sozialen Zusammenhalt machen.
- ein ambitionierterer europäischer Klimaschutz, etwa indem das EU-Klimaschutzziel von 40 auf 50 bis 55 Prozent Treib-

---

hausgasmindering bis 2030 angehoben wird und eine sozial gerechte CO<sub>2</sub>-Bepreisung auch für jene Sektoren, die bisher nicht vom EU-Emissionshandel erfasst sind.

- ein verbindliches EU-Sozialprogramm, unter anderem auch durch einen Rahmen für existenzsichernde Mindestlöhne und Grundsicherungssysteme in der EU sowie einer Arbeitslosenrückversicherung zugleich als solidarische Absicherung im Krisenfall.
- die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion erfolgreich abschließen und insbesondere ein starkes Investitionsbudget für die Eurozone durchsetzen. Die Banken- und Kapitalmarktunion vervollständigen, um die Finanzierungsbedingungen für die europäische Realwirtschaft zu verbessern, Lücken für einen Deregulierungswettbewerb zu schließen und das Geld der Steuerzahler zu schützen. #• einen echten Zukunftshaushalt für die EU schaffen, wobei Deutschlands erklärte Bereitschaft, mehr in Europa zu investieren, untermauert werden soll.
- Europa soll sich der neuen geopolitischen Lage und den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen, indem die Europäischen Öffentlichen Güter gemeinsam organisiert und finanziert werden.
- Mit Europas gemeinsamem Gewicht globale Mindestsätze bei der Besteuerung von Großunternehmen – insbesondere auch der Internet-Giganten – auf den Weg bringen. Sollte das nicht gelingen, soll eine europäische Digitalsteuer durchgesetzt werden.
- Im kommenden Jahr eine Finanztransaktionssteuer im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit europäisch einführen.
- eine ökologische Wende in der EU-Agrarpolitik, die die Agrarförderung an dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Güter“ ausrichtet.
- die europäische Demokratie stärken, indem transnationale Listen und das Spitzenkandidaten-Prinzip für die nächste Europawahl abgesichert werden.
- Europa als Friedenskraft stärken, indem Abrüstung und Rüstungskontrolle zu einem strategischen Kernanliegen auch der EU gemacht werden.
- endlich Fortschritte hin zu einer verantwortungsvollen gemeinsamen Migrations- und Flüchtlingspolitik der EU, wobei nötigenfalls eine Gruppe von verantwortungsbewussten Staaten vorangehen sollte.
- ein neues europäisches Seenotrettungsprogramm, um das Sterben auf dem Mittelmeer zu beenden.

Der Beschluss argumentiert, dass trotz der Zugewinne von Rechtspopulisten und Nationalisten bei der letzten Europawahl die demokratischen und pro-europäischen Kräfte noch immer über eine Gestaltungsmehrheit in der EU verfügen. Sie gelte es beherzt zu nutzen: „Was Europa jetzt braucht, ist ein gemeinsamer Kraftakt der Fortschrittswilligen.“ Dazu will die SPD-Bundestagsfraktion zusammen mit den Sozialdemokraten in Europa ihren Beitrag leisten.

#### Zum Beschluss

[https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/beschluss\\_zeit\\_zu\\_handeln\\_-\\_mut\\_zu\\_mehr\\_fortschritt\\_in\\_europa.pdf](https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/beschluss_zeit_zu_handeln_-_mut_zu_mehr_fortschritt_in_europa.pdf)

## Klimaschutzprämie für Waldbesitzer

Der Klimawandel ist auch bei uns im Südschwarzwald deutlich mit bloßem Auge sichtbar. Große Waldflächen sind braun, die Bäume abgestorben. Die Sturmschäden und die langanhaltende Dürre haben sichtbare Spuren hinterlassen. Damit wir in Zukunft stabile und widerstandsfähige Wälder haben, die den klimatischen Verschiebungen dauerhaft standhalten, brauchen wir eine Neuausrichtung des vom Bund geförderten Waldumbaus. Wenn der Staat Waldbesitzer beim Wiederaufbau der Wälder finanziell unterstützt, so muss die Gesellschaft auch etwas davon haben. Die Prämien dürften jedoch nicht mit der Gießkanne verteilt werden. Vielmehr müsse es klare Kriterien für eine Förderung geben.

Im Gegensatz zu einer bloßen Bestandspflege gehe es nun darum, standortgerechte, klimatolerante Laub- und Laubmischwälder mit überwiegend heimischen Baumarten zu schaffen. Als größte Kohlenstoffsenken der Erde spielen Wälder eine zentrale Rolle beim Klimaschutz. Darüber hinaus sind sie einer der Schlüssel zum Erhalt der biologischen Vielfalt. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel: Weg vom Wald als menschlichem Nutzungsraum hin zu einem nachhaltigen Waldökosystem. Wenn der Staat daher mit Steuergeld privaten Waldbesitzern beim Wiederaufbau von Wäldern helfen soll, muss die Gesellschaft auch etwas davon haben. D.h., Prämien sollte es für diejenigen geben, die ihren Waldumbau vor allem am Nutzen für die Natur und am Klimaschutz ausrichten und nicht an der Holzproduktion.

## Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“

Der Fall Walter Lübcke zeigt aus meiner Sicht, dass wir uns mehr denn je gegen Extremismus einsetzen und das Engagement für Demokratie den sozialen Zusammenhalt stärker unterstützen müssen. Deshalb bin ich froh, dass das von der Bundesregierung gegründete ‚Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt‘ zum 19. Mal den Wettbewerb ‚Aktiv für Demokratie und Toleranz‘ ausschreibt und damit die Vielfalt des zivilgesellschaftlichen Engagements in Deutschland würdigt.

Den Gewinnerinnen und Gewinnern winken Geldpreise in Höhe von bis zu 5.000 €, eine verstärkte Präsenz in der Öffentlichkeit sowie ein Workshop-Angebot, welches die Interessen der Preisträgerprojekte aufgreift. Damit unterstützt das BfDT zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Bereich der praktischen Demokratie- und Toleranzförderung. Demokratie bedeutet, sich in die Angelegenheiten vor Ort einzumischen und beginnt z.B. in der Familie, in der Schule sowie in der Freizeit.

In diesem Jahr werden vor allem Projekte gesucht, die gemeinsam aktiv und kreativ gegen Antiziganismus und Antisemitismus sind, nein zu Ausgrenzung und Diskriminierung sagen und das Engagement gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) stärken sowie gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und das Engagement gegen Extremismus aktiv unterstützen.

Der Einsendeschluss ist der **22. September 2019**. Weitere Informationen finden sich hier: [Bündnis Toleranz](#)

## Parlamentarisches Patenschafts-Programm

### PPP-Stipendiatin Patricia Villinger zurück in der Heimat

Nach einem Jahr in einer Gastfamilie im Bundesstaat New York als Stipendiatin des Parlamentarischen Patenschafts-Programmes (PPP) ist die 25-jährige Patricia Villinger aus Nöggenschwil in ihre Heimat zurückgekehrt. Aus diesem Anlass traf ich mich mit Patricia Villinger in Waldshut zum Erfahrungsaustausch.



Foto: Büro Schwarzelühr-Sutter

Das PPP bietet jungen Menschen die Chance, ein Jahr als Botschafter und Botschafterinnen Deutschlands in den USA zu verbringen. Durch dieses Programm werden der interkulturelle Austausch und die Verständigung zwischen den Nationen gefördert.

In den USA arbeitete Patricia Villinger im Bereich des Wealth Management. Hierbei fielen ihr in besonderer Weise die Unterschiede im US-Gesundheitssystem im Vergleich zum deutschen auf. Weil viele Menschen in den USA keine Krankenversicherung haben, könnten sie nicht ärztlich versorgt werden. Außerdem fiel Patricia Villinger auf, dass der örtliche ÖPNV ausbaufähig sei. Mit Ihrer Gastfamilie habe sie einen Glückstreffer gelandet und wurde sehr herzlich aufgenommen.

In Patricia Villinger fand das PPP eine authentische und aufgeschlossene Botschafterin, die sich für die deutsch-amerikanische Freundschaft einsetzte. Die interkulturellen Erfahrungen werden ihr sicherlich auch in Deutschland nützlich sein.

### PPP-Stipendiat Christof Heinecke verabschiedet

Der 22-jährige Christof Heinecke aus Bonndorf wird nun seine Heimat für ein Jahr hinter sich lassen und bei einer Gastfamilie in St. Cloud, Minnesota in den Vereinigten Staaten leben. Ich traf Christof Heinecke vor seinem Abflug in Waldshut zum Erfahrungs- und Erfahrungsaustausch. Das PPP bietet jungen Menschen die Chance für ein Jahr als Botschafter und Botschafterinnen Deutschlands in den USA zu verbringen. Durch dieses Programm werden der interkulturelle Austausch und die Verständigung zwischen den Nationen gefördert.



Foto: Büro Schwarzelühr-Sutter

Das PPP ist ein spannendes Programm, welches Weltoffenheit vermittelt und bei dem junge Leute wie Christof Heinecke einmalige Erfahrungen in einem fremden Land sammeln können. Christof Heinecke ist in diversen Sportvereinen und im DLRG-Bonndorf aktiv und engagiert sich in der Jugendarbeit der Vereine. Das sind beste Voraussetzungen für einen hervorragenden südbadischen Botschafter in den USA. Ich bin schon sehr gespannt auf seine Eindrücke und Erfahrungen, die er in diesem Jahr sammeln wird. Ich wünsche ihm ein spannendes und erlebnisreiches Jahr in St. Cloud und viel Erfolg als junger Berufstätiger in den USA.

### 37 Jahre Deutsch-Amerikanischer Jugendaustausch

Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten - diese spannende und einzigartige Kombination bietet das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP).

In diesem Jugendaustausch-Programm des Deutschen Bundestages und des Amerikanischen Kongresses konnten seit 1983 bereits fast 27.000 junge Leute gefördert werden, davon 20 Prozent junge Berufstätige.

Bundestagsabgeordnete übernehmen während des Jahres die Patenschaft für die Jugendlichen. Die SPD-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter möchte geeignete Bewerber und Bewerberinnen auf diese Möglichkeit aufmerksam machen und sie ermutigen, sich zu bewerben.

Auch 2020 bietet das PPP, dann zum 37. Mal, neben Schülern auch jungen Berufstätigen wieder die Chance, amerikanisches Familien-, College- und Arbeitsleben aus erster Hand kennen zu lernen.

Besonders angesprochen sind junge Berufstätige / Auszubildende (z.B. gew./techn. Berufe, Handwerker, Kaufleute und Landwirte/Winzer), die zum Zeitpunkt der Ausreise (August 2020) eine anerkannte, abgeschlossene Berufsausbildung haben und nach dem 31.07.1995 geboren sind. Die Absolvierung eines Freiwilligendienstes wird begünstigend auf das Alter angerechnet.

Bewerbungsunterlagen können von Mitte Mai bis zum 13. September 2019 bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) online anfordern.

#### Bewerbungsunterlagen anfordern

<https://usapp.de>

<https://www.bundestag.de/ppp>

Nähere Informationen zum Programm bitte in meinem Büro anfordern oder bei der GIZ in Bonn (ausschließlich junge Berufstätige) unter:

Tel.: 0228-4460-1339 oder -1172

Fax: (0228) 4460 80 1889

E-Mail: [usapp@giz.de](mailto:usapp@giz.de)

## Junge Forscher Felix Sewing und Alex Korocencev für EUCYS in Sofia



Foto: Büro Schwarzelühr-Sutter

Als ehemalige Abiturientin des Hochrhein-Gymnasiums freut es mich besonders, dass Alex Korocencev und Felix Sewing vom Hochrhein-Gymnasium mit ihrer Erfindung einer unkonventionellen Magnetschwebetechnik bei ‚Jugend forscht‘ gewonnen haben. Damit könnten Sie einen besonderen Beitrag zur Mobilitätswende leisten.

Mittels vier rotierender Magnetscheiben kann sich ein Prototyp von einer Metalloberfläche abstoßen und aus eigener Kraft fortbewegen. Derzeit befinden Sie sich damit noch im Bereich der Grundlagenforschung. Mit der Forschung verbinden sie die Hoffnung, eine bessere Lösung für die Magnetschwebetechnik zu entdecken. Diese würde zukünftig eine weitaus effizientere Alternative zum Fliegen darstellen. Ich bin begeistert von ‚Jugend forscht‘. Es ist immer wieder faszinierend, welche innovativen Projekte von jungen talentierten Forschern, wie Felix Sewing und Alex Korocencev, vorgestellt werden. Ich wünsche ihnen viel Erfolg und drücke beide Daumen für den EU Contest for Young Scientists (EUCYS) in Sofia, bei dem sie ihre Erfindung auch internationalem Publikum vorstellen werden.

## Angehörigentlastungsgesetz unterstützt Angehörige und fördert die Inklusion

Auf Angehörige können immense Kosten zukommen, wenn ihre Eltern oder Kinder eine Behinderung haben oder pflegebedürftig und somit Sozialhilfeempfänger sind. Für viele Angehörige auch im Landkreis Waldshut ist das eine große Belastung. Wir wollen die Belastung mindern und den Angehörigen den Rücken stärken, damit sie sich auf die wesentlichen Dinge konzentrieren können. Dafür hat das Kabinett heute den Weg für das Angehörigentlastungsgesetz frei gemacht.

Die bisherige gesetzliche Regelung verpflichtet Eltern dazu, etwa die Eingliederungshilfe ihres behinderten Kindes mitzufinanzieren und Kinder wiederum den Lebensbedarf pflegebedürftiger Eltern durch Unterhaltszahlungen zu sichern, wenn Pflegekosten die Zahlungen aus der Pflegeversicherung übersteigen und das Nettoeinkommen des Angehörigen über 1800 Euro liegt. Das Angehörigentlastungsgesetz sieht stattdessen vor, dass Angehörige künftig erst ab einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro vom Sozialamt in Anspruch genommen werden – und zwar in der gesamten Sozialhilfe. Bisher galt diese Regelung nur bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Für Angehörige von volljährigen Menschen mit Behinderungen, die Eingliederungshilfe nach dem Bundesteilhabegesetz erhalten, fällt dieser sogenannte Unterhaltsrückgriff in Zukunft sogar vollständig weg. „Das Gesetz ist gerade für Menschen mit Behinderungen eine gute Nachricht: Wir werden nämlich die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) als festen Baustein der Inklusion verankern und mit mehr Geld ausstatten“ betont Rita Schwarzelühr-Sutter. Seit 2018 fördert der Bund diese Beratungsstellen, in denen Menschen mit Behinderungen vor allem von Menschen mit Behinderungen beraten werden. Auf Augenhöhe und kostenlos können sie sich über Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern und die zuständigen Anlaufstellen informieren. Bisher war die Beratung bis zum 31. Dezember 2022 befristet. Künftig wird es dieses Angebot dauerhaft geben, und es wird auch mit zusätzlichen Bundesmitteln versehen. Die EUTB in Bad Säckingen leistet etwa inzwischen einen unverzichtbaren Beitrag dafür, dass Menschen mit chronischen Erkrankungen oder körperlichen oder psychischen Beeinträchtigungen kompetente Hilfestellungen oder Selbsthilfemaßnahmen erhalten.

Darüber hinaus wird mit dem Angehörigenentlastungsgesetz ein Budget für Ausbildung eingeführt. Dieses ermöglicht Menschen mit Behinderungen, außerhalb von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen eine betriebliche Ausbildung aufzunehmen. Mit dem Gesetz haben wir ein Paket geschürt, das Inklusion ein großes Stück voranbringt und Angehörige gezielt unterstützt.

## Bundesumweltministerin Svenja Schulze am 15. August in Kirchzarten



Foto: Büro Schwarzelühr-Sutter

„Gekommen, um zu hören!“ – unter diesem Motto findet derzeit in Städten und Gemeinden deutschlandweit die Dialogtour der SPD-Bundestagsfraktion statt. Ausgestattet mit einem Bus und Bierbänken machte die Tour am 15. August 2019 Halt auf dem Marktplatz in Kirchzarten – mit prominenter Unterstützung: Die SPD-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter freut sich, Bundesumweltministerin Svenja Schulze für den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern aus dem Dreisamtal gewinnen zu können.

Globalisierung, Klimawandel und Digitalisierung verändern unser Leben. Wie will ich als Einzelner, wie soll meine Familie, wie wollen wir als Gesellschaft leben? Die SPD-Bundestagsfraktion nimmt sich die Zeit, die Auswirkungen dieser Megatrends gemeinsam mit den Menschen im Land zu erörtern und Problemlösungen aufzuzeigen.

## Ferienfreizeit im Abenteuerland des FaZ Hochrhein begeistert

Als Patin des Familienzentrum Hochrheins ist es mir eine große Freude zu sehen, dass das dazugehörige Abenteuerland von Kindern und Eltern gut angenommen wird.

Derzeit nehmen ungefähr 100 Kinder und Jugendlichen im Schulalter in sechs Gruppen die Ferienbetreuung des Familienzentrum Hochrheins wahr. Sie hämmern, bauen, toben und spielen. Das Abenteuerland wurde erst vor einem Jahr eröffnet und ist als ein pädagogisch betreuter Spielplatz konzipiert, auf dem die Kinder und Jugendlichen spielerisch an Baumaterialien, Pflanzen und Tieren herangeführt werden.



Foto: Büro Schwarzelühr-Sutter

Das Abenteuerland mit seinem engagierten Team, mit Andreas Schumpp, Bereichsleiter des Abenteuerland, und Ulla Hahn, Leiterin des FaZ und Abenteuerlandes, und den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bieten Kindern und Jugendlichen großartige Möglichkeiten zum Erkunden der Natur und zum Lernen von Grundfähigkeiten.

Unter Anleitung von Andreas Schumpp entsteht in diesem Jahr „Schlumpfhausen“. Er versteht die Kinder zu motivieren, bringt Ihnen handwerkliche Fertigkeiten und Team-Arbeit bei.

„Unser „altes“ Abenteuerland war schon toll, das neue ist aber noch viel besser, weil wir dort einen lang gehegten Wunsch – nämlich ein integratives, naturnahes Freizeitangebot – ganzjährig anbieten können“, sagt Ulla Hahn.

Dabei ist es selbstverständlich, dass die Kinder und Jugendlichen bunt gemischt sind. Hier geht es nicht darum, woher jemand kommt, sondern um das Miteinander. Durch die Aufnahme von demnächst 25 Kindern mit Handicaps und Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund oder schwachen finanziellen Mitteln leistet das Abenteuerland einen erheblichen Beitrag zur Inklusion und Integration.

Und weil so viel spielen, toben und werken auch Hunger macht, gibt es einen hauseigenen Gemüseacker. Hier erfahren die Kinder spielerisch, wo Lebensmittel herkommen und wie man mit ihnen nachhaltig umgeht. Jeden Donnerstag helfen die anwesenden Kinder und Jugendlichen beim Bestellen des Ackers, welcher Teil der deutschlandweiten Aktion „GemüseAckerdemie“ ist.

Wenn es das FaZ und das Abenteuerland in Lauchringen nicht geben würde, müsste man es erfinden. Ich bin davon überzeugt, dass es aber auch nur deshalb so erfolgreich ist, weil mit Ulla Hahn und Andreas Schumpp so überzeugte und engagierte Personen an der Spitze stehen, die sich der Sache mit Leib und Seele verschrieben haben.

## Ausnahmeregelungen beim Flugbetrieb in Zürich dürfen nicht zur Normalität werden!

Die Ergebnisse der Fluglärm-Messstation in Hohentengen machen deutlich, dass die eigentlichen Betriebszeiten des im Betriebsreglement festgelegten Normalbetriebs längst nicht zutreffen. Die Ausnahmeregelungen für An- und Abflüge über süddeutschem Gebiet werden zum Normalbetrieb. Starts und Landungen werden in den Sperrzeiten immer wieder knapp über die Landesgrenze geführt. Das ist inakzeptabel für die Bevölkerung in Hohentengen und der gesamten Region. Ausnahmeregelungen beim Flugbetrieb in Zürich dürfen nicht zur Normalität werden. In diesem Zusammenhang werde ich mich abermals an den zuständigen Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer wenden. Ich erwarte, dass er auf die Einhaltung der DVO besteht.

In seinem Schreiben an das Landesverkehrsministerium in Stuttgart hat der Hohentengener Bürgermeister Martin Benz auf die untragbare Situation für die eigene Bevölkerung durch den Fluglärm des Zürcher Flughafens hingewiesen. Bürgermeister Benz bemängelt zurecht, dass durch die andauernde Inanspruchnahme der Ausnahmeregelungen für Starts und Landungen in den Tagesrandzeiten diese Ausnahmen bereits zum Normalbetrieb geworden sind. Vom Landesverkehrsministerium erwartet sich Bürgermeister Benz Unterstützung, dass die bestehende DVO eingehalten und die Bürgerinnen und Bürger in Hohentengen entlastet werden.

Ich unterstütze das Anliegen des Bürgermeisters und der Gemeinde Hohentengen, die klar die Einhaltung der bestehenden DVO fordern. Die DVO hat der gerichtlichen Überprüfung durch den Europäischen Gerichtshof standgehalten und ist europarechtskonform. Die Lage ist also klar: die Schweizer haben sich daran zu halten. Es ist einfach nicht hinnehmbar, wie nicht nur rechtliche Vorgaben nicht eingehalten werden, sondern auch die Interessen der Menschen diesseits des Rheins ignoriert werden.

## Tele Columbus AG bemüht sich um Einspeisung des Programms „SRF info“ ins deutsche Kabelnetz

Der Vorstandsvorsitzende der Tele Columbus AG, Timm Degenhardt, hat mir mitgeteilt, dass die Tele Columbus AG mit der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft in Kontakt steht, um das einzig verbreitungsfähige Programm ‚SRF info‘ in deutsche Netze einspeisen zu können. In einem Brief hatte ich mich an den Vorstandsvorsitzenden des drittgrößten Kabelnetzbetreibers in Deutschland gewandt um zu prüfen, inwiefern ein Vertrag mit der SRG möglich wäre, der vorsieht, dass die Schweizer Programme in Grenznähe zentral entschlüsselt und an die Kunden weitergegeben werden.

Seit dem 3. Juni 2019 ist es den deutschen Haushalten in Grenznähe zur Schweiz nicht mehr möglich, die beliebten schweizerischen Sender SRF1 und SRF zwei zu empfangen. Durch die Abschaltung der Schweizer DVB-T-Netze ist der natürliche Overspill („Überfließen“ von Antennensignalen jenseits des eigenen Rundfunkgebiets bzw. der Landesgrenze) weggefallen, der den Kabelnetzen in den grenznahen Gebieten die Einspeisung dieser Programme erlaubt hatte.

## Schülerinnen und Schüler von preisgekrönter Alemannenschule in Wutöschingen

Wie schön, dass ich bei diesem Besuch Schülerinnen und Schüler der erst kürzlich mit dem 2. Platz beim Deutschen Schulpreis prämierten Alemannenschule Wutöschingen begrüßen konnte. Themen unseres gemeinsamen Gesprächs waren unter anderem der Klimawandel, der Rechtspopulismus oder aber die derzeitige Situation bei der SPD. Gerade das Thema Klimawandel hat für die jungen Menschen oberste Priorität, das wurde mir im Gespräch schnell klar. Den Jugendlichen ist bewusst, dass wir keine Zeit mehr zu verlieren haben und deshalb fordern sie zurecht, dass die Politik handelt.

Im Anschluss an die Diskussion fand für die Schülerinnen und Schüler noch ein Informationsvortrag des Deutschen Bundestages statt, in dem den Jugendlichen die Arbeit und die Funktionsweise des Parlaments näher gebracht werden. Erst im Juni wurde die Schule mit dem 2. Platz beim Deutschen Schulpreis für ihre vorbildliche Schulentwicklung ausgezeichnet. Auf ihrer Informationsfahrt nach Berlin wurden die Schülerinnen und Schüler aus Wutöschingen von ihrer Lehrerin Ramona Welte sowie Herrn Daniel Schwarz und Frau Adriana Perna begleitet.

## Fraktion-vor-Ort mit Katja Mast am 26. Juli in der Stadtscheuer Waldshut

Am 26. Juli 2019 fand in der Stadtscheuer Waldshut eine **Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung** statt.



Büro: Schwarzelühr-Lühr

Gemeinsam mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Katja Mast und Klaus Hackmann von der Deutschen Rentenversicherung diskutierte ich mit Bürgerinnen und Bürgern über die Frage: **„Wie sieht ein gerechter und moderner Sozialstaat der Zukunft aus?“**. Thematisiert wurde die soziale Gerechtigkeit in unserem Land oder was unter einer Grundrente verstanden wird. Wir waren uns einig, dass ein Mensch von seiner Arbeit leben muss – aber auch von seiner Rente. Die Rente muss die Lebensleistung gerecht widerspiegeln!

## Viele engagierte Bürgerinnen und Bürger auf politischer Bildungsreise in Berlin

Dieses einzigartige Erlebnis, im Bundesumweltministerium Trachtenträgerinnen und Trachtenträger begrüßen zu dürfen, erfüllt mich mit großer Freude. Mit der Vereinigung Alt-Waldshut fühle ich mich seit über 40 Jahren verbunden. Sicherlich wären viele meiner Kolleginnen und Kollegen überrascht gewesen, wenn auch ich heute Morgen mit Hauensteiner Tracht ins Bundeskabinett gekommen wäre.

Sie hatte 50 politisch Interessierte aus ihrem Wahlkreis Waldshut zu einer Informationsfahrt des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung in der Hauptstadt eingeladen. Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern befanden sich neben Mitgliedern der Trachtenvereinigung Alt-Waldshut, der Rita Schwarzelühr-Sutter als gebürtige und traditionsbewusste Waldshuterin angehört, auch Vertreter des Vereins Pro Freibad Waldshut sowie Gewinnern des Regionalwettbewerbs „Jugend forscht“ und weiteren engagierten Bürgerinnen und Bürgern.

Die Gruppe empfing ich zur Diskussion im Bundesumweltministerium. Hier kamen neben Fragen zur Rente vor allem umweltpolitische Fragen auf, wie z.B. über die Atomanlagen am Hochrhein sowie zum Megathema Plastik und den richtigen Umgang mit dessen Müll.

Die extreme Hitze der vergangenen Woche und die Waldbrände in Mecklenburg-Vorpommern haben erneut gezeigt, dass die Folgen des Klimawandels spürbar sind und wir jetzt handeln müssen. Noch in diesem Jahr wollen wir daher ein Klimaschutzgesetz beschließen, welches den Sektoren Verkehr, Industrie, Landwirtschaft, Energie und Gebäude feste Reduktionsziele und jährliche sinkende Jahresemissionsmengen zuweisen soll.

Zusammen mit den Maßnahmen innerhalb der zuständigen Ressorts sei auch die Bepreisung von Kohlenstoffdioxid ein wichtiger Baustein, damit Deutschland von der Verbrennung fossiler Rohstoffe wegkomme. Gleichzeitig müsse ein CO<sub>2</sub>-Preis sozial gerecht ausgestaltet werden. Wir müssen bei unseren Entscheidungen noch stärker als bisher auf deren Folgen für nachkommende Generationen achten. Alle jetzigen Weichenstellungen müssen konsequent auf Nachhaltigkeit hin geprüft werden.

Auf dem weiteren Programm standen neben Informationsvorträgen in der Landesvertretung Baden-Württemberg und im Deutschen Bundestag auch der Besuch der Gedenkstätte Berliner Mauer und eine Schifffahrt auf der Spree.

## Klimaschutz-Zertifikate in Karlsruhe und Ispringen

QUELLE: BMU  
Pressedienst Nr. 118/19  
Berlin, 05. Juli 2019

### Klimaschutz/Kommunen

Rita Schwarzelühr-Sutter übergibt Klimaschutz-Zertifikate in Karlsruhe und Ispringen Karlsruhe reduziert Treibhausgas-Emissionen in der „Deponie Karlsruhe Ost“ - Ispringen setzt auf energieeffiziente Beleuchtung in der Otto-Riehm-Schule.

Das Bundesumweltministerium fördert in Karlsruhe und Ispringen zwei vorbildliche Klimaschutz-Projekte mit insgesamt knapp 500.000 Euro durch die Kommunalrichtlinie im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI). Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, übergibt heute dem Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, Dr. Frank Mentrup, und dem stellvertretenden Bürgermeister der Gemeinde Ispringen, Dr. Wolfgang Ballarin, Zertifikate über die Treibhausgaseinsparungen.



Rita Schwarzelühr-Sutter: „Durch den Einsatz moderner Klimaschutztechnologien in der stillgelegten Deponie Karlsruhe Ost werden insgesamt 35.000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente eingespart. Die Gemeinde Ispringen erzielt durch die Beleuchtungssanierungen in der Otto-Riehm-Schule eine Reduktion von 571 Tonnen CO<sub>2</sub> in den nächsten 20 Jahren. Das zeigt, wie groß die Klimaschutzpotenziale sind, die durch bestehende Technologien vor Ort in den Kommunen gehoben werden können. Für das besondere Engagement von Karlsruhe und Ispringen möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken.“

In der Stadt Karlsruhe wird durch die aerobe in-situ-Stabilisierung der Siedlungsabfalldeponie Karlsruhe Ost kurz- und mittelfristig eine erhebliche Menge an Treibhausgas-Emissionen eingespart. Insgesamt beläuft sich die Reduktion auf rund 35.000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente. Gegenüber dem Vergleichsszenario liegt die Emissionsminderung bei 79 Prozent. Die Gesamtausgaben des Projekts betragen insgesamt rund 915.000 Euro, das Bundesumweltministerium unterstützte das Vorhaben mit 450.000 Euro. Gefördert wurde das Vorhaben von Januar 2017 bis Dezember 2018. Heute überreichte Rita Schwarzelühr-Sutter dem Oberbürgermeister der Stadt, Dr. Frank Mentrup, ein Zertifikat über die Einsparung von Treibhausgas-Emissionen. Zusätzlich zu diesem Projekt unterstützte das Bundesumweltministerium über die NKI noch weitere Klimaschutzvorhaben der Stadt Karlsruhe. Beispielsweise sanierte die Stadt in der Vergangenheit Teile ihrer Straßenbeleuchtung durch LED, führte Energiesparmodelle in Schulen ein und tauschte ineffiziente Elektrogeräte in Schul- und Lehrküchen sowie Kitas durch energieeffiziente Geräte aus.

Die Gemeinde Ispringen setzt neuerdings bei der Innenbeleuchtung der Otto-Riehm-Schule auf LED. Insgesamt wurden 434 Lichtpunkte auf hocheffiziente Beleuchtungstechnik umgerüstet. Der Stromverbrauch reduziert sich dadurch um ca. 75 Prozent. Dadurch werden in den nächsten 20 Jahren rund 571 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart. Das Bundesumweltministerium unterstützte die Umrüstung mit knapp 43.000 Euro, die Gesamtkosten des Vorhabens beliefen sich auf rund 106.000 Euro. Die Umstellung fand von März 2018 bis Februar 2019 statt. Rita Schwarzelühr-Sutter überreichte dem stellvertretenden Bürgermeister der Gemeinde, Dr. Wolfgang

---

Ballarin, heute ein Klimaschutz-Zertifikat für die erfolgreiche Durchführung des Projekts. Zusätzlich zu diesem Vorhaben wurden in Ispringen drei Projekte zur Sanierung der Straßenbeleuchtung im Rahmen der NKI mit einem Fördervolumen von insgesamt rund 42.000 Euro gefördert. Eins dieser Straßenbeleuchtungsprojekte wird derzeit noch durchgeführt.

Seit 2008 fördert und initiiert das Bundesumweltministerium unter dem Dach der NKI in ganz Deutschland Klimaschutzprojekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen leisten. Bislang wurden mehr als 28.750 Projekte durchgeführt. Kommunen profitieren ebenso wie Verbraucherinnen und Verbraucher und Unternehmen. Weitere Informationen zu den Programmen und Projekten der NKI finden Sie unter: [www.klimaschutz.de](http://www.klimaschutz.de).

Die in-situ-Stabilisierung von Siedlungsabfalldeponien und die Sanierung von Beleuchtungsanlagen werden im Rahmen der NKI durch die Kommunalrichtlinie gefördert. Anträge können vom 1. Juli bis 30. September sowie vom 1. Januar bis zum 31. März eines Jahres gestellt werden. Detaillierte Informationen zu den einzelnen Förderschwerpunkten finden Sie unter: [www.klimaschutz.de/kommunalrichtlinie](http://www.klimaschutz.de/kommunalrichtlinie).



Liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe Sie hatten eine spannende Lektüre! Den Menschen bei uns im Wahlkreis und in unserer Region möchte ich auch ein wichtiger Ansprechpartner für ihre Anliegen und Sorgen sein. Gerne können Sie sich jederzeit telefonisch, per E-Mail oder ganz klassisch per Brief an mich wenden. Ich freue mich auf Ihre Nachricht!

Für mehr Informationen zu meiner politischen Arbeit im Wahlkreis und in Berlin besuchen Sie mich auch gerne auf meiner Homepage und bei facebook oder folgen mir auf Twitter und Instagram!

Ihre  
Rita Schwarzelühr-Sutter

#### Kontakt

Abgeordnetenbüro Berlin:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
T: 030 – 227 73 071  
F: 030 – 227 76 173  
E: [rita.schwarzueluehr-sutter@bundestag.de](mailto:rita.schwarzueluehr-sutter@bundestag.de)

Home:  
Facebook:  
Twitter:  
Instagram:

Wahlkreisbüro Waldshut-Tiengen:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB  
Wallstr. 9 / Kaiserstr. 22  
79761 Waldshut-Tiengen  
T: 07751 – 91 76 881  
F: 07751 – 91 76 882  
E: [rita.schwarzueluehr-sutter.wk@bundestag.de](mailto:rita.schwarzueluehr-sutter.wk@bundestag.de)

[www.schwarzueluehr-sutter.de](http://www.schwarzueluehr-sutter.de)  
[facebook.com/schwarzueluehrsutter](https://facebook.com/schwarzueluehrsutter)  
[twitter.com/rischwasu](https://twitter.com/rischwasu)  
[instagram.com/rischwasu/](https://instagram.com/rischwasu/)